

BESCHLÜSSE DES LANDESPARTEITAGES

DER SPD THÜRINGEN VOM 17.03.2012

www.spd-thueringen.de

INHALT

Starke Kommunen. Starkes Land. Leitgedanken sozialdemokratischer Kommunalpolitik 2012	3
Transparenz der Stadt- und Gemeinderäte erhöhen	5
Kommune & Schule – sozialdemokratische Bildungspolitik bringt Partner zusammen	5
Zukunft durch Exzellenz und Vielfalt: Starke Hochschulen für Thüringen	7
Die Energiewende vorantreiben!	8
Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz. Neonazismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen. Demokratie und Vielfalt stärken	11
Gute Pflege sichern – Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern	13
Gesundheitsschutz stärken – Schutz vor psychosozialen Krankheiten in der Arbeitswelt verbessern	14
(Prüfauftrag: Frauen in Landesbehörden)	14
Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz	14
Gentechnik ist nicht grün! Verbraucher und Produzenten wirksam schützen	14
Justiz in Thüringen: kompetent – effizient – bürgernah	16
"Mehr Demokratie wagen" EU-Bürgerschaft stärken – regionales Wahlrecht einführen	19
Der Jugend eine Stimme geben!	20
Abschiebungen verhindern – Menschenrechte wahren!	20
Erlass einer Rechtsverordnung nach § 58 Abs. 6 Asylverfahrensgesetz – JETZT!	21
Weg für eine verbindliche Geschlechterquote in Führungspositionen endlich frei machen"	21
Aktive Arbeitsgemeinschaften erhalten	21
Solarkahlschlag - kein Zurück zur Old Economy!	22

gemeinsame Initiativen mit den DGB- Gewerkschaften im Land und im Bund, um die Tarifbindung in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere der Pflegebranche, zu verbessern und Lohndumping zu unterbinde

Gesundheitsschutz stärken – Schutz vor psychosozialen Krankheiten in der Arbeitswelt verbessern

Der Landesvorstand wird beauftragt, im Gewerkschaftsrat gemeinsam mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften über eine rechtliche Regelung zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensqualität zu sprechen.

Ziel der Gespräche ist eine Ergänzung der Arbeitsschutzordnung um den Schutz vor psychosozialen Erkrankungen in der Arbeitswelt für die Bundesrepublik Deutschland. Darin sind Investitionen von öffentlichen und privaten Arbeitgebern in einen besseren Gesundheitsschutz sowie wirksamere Instrumente zur Kontrolle der Einhaltung des Arbeitsschutzes vorzusehen.

(Prüfauftrag: Frauen in Landesbehörden)

Die Landtagsfraktion der SPD wird beauftragt, zu prüfen, wie viele Frauen derzeit im Verhältnis zu männlichen Beschäftigten in leitender Funktion in Landesbehörden und Ministerien beschäftigt sind und welche Möglichkeiten der Änderung des bislang bestehenden Missverhältnisses ergriffen wurden bzw. noch zu ergreifen sind.

Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz

Der Parteitag möge beschließen, dass sich die Thüringer SPD für eine zügige Verabschiedung des Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetzes einsetzt.

Gentechnik ist nicht grün! Verbraucher und Produzenten wirksam schützen

Die "grüne Gentechnik" klingt verlockend, nach der vermeintlichen Vereinbarung des anscheinend Unvereinbaren. Hinter dem Begriff verbirgt sich jedoch freilich auch schlicht die Veränderung im Erbmaterial von Organismen – eben in Abgrenzung zur medizinischen (roten) und industriellen (weißen) Biotechnologie in den Genen von Pflanzen. Sie ist deswegen nicht etwa risikolos, sondern bringt unabsehbare und viel zu häufig ausgeblendete Gefahren mit sich.

Das sehen auch die Bürgerinnen und Bürger: Laut einer repräsentativen Umfrage des Bundesumweltministeriums und des Bundesamts für Naturschutz vom Oktober 2010 lehnen beinah 90 % der deutschen Bevölkerung den Anbau, Vertrieb und Konsum gentechnisch veränderter Organismen (GVO) strikt ab. Ebenso verhalten sich die Landwirtinnen und Landwirte. Diese haben nämlich auch keinen Einfluss mehr darauf, dass ihre Felder gentechnikfrei bleiben. Einmal ausgesetzt, setzen sich die transgenen Pflanzen über kurz oder lang auf den Feldern durch. Eine Zurückdrängung kann nur durch weitere Manipulationen und scheinbare Verbesserungen des Erbguts erreicht werden. Kontaminationen sind oft unumkehrbar, die